

Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung am 26. Februar 2024

Erhebung von Bedarfen für barrierefreies Wohnen in den Stadtteilen unter Einbeziehung von Senior:innen

Im Rahmen des Koalitionsvertrags, den die Fraktionen der SPD, CDU und FDP für die 21. Wahlperiode geschlossen haben, wurde festgelegt, eine umfassende Erhebung der Bedarfe für barrierefreies Wohnen in unseren Stadtteilen durchzuführen. Dies geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse und Anforderungen von Senior:innen.

Die demografische Entwicklung zeigt, dass der Anteil der Senior:innen in unserer Bevölkerung stetig zunimmt. Laut dem Statistischen Landesamt wird sich die Anzahl der Personen im Alter über 65 bis 2037 voraussichtlich um ca. 3.000 Personen auf rund 27.370 Personen erhöhen. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes wird in Deutschland der Anteil der 65-jährigen und Älteren im Jahre 2060 auf 29,4 % ansteigen.

Es ist daher wichtig, die Wohnsituation in unseren Stadtteilen so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen der Senior:innen gerecht wird. Dies beinhaltet nicht nur bauliche Aspekte, sondern auch die Schaffung eines sozialen Umfelds, das soziale Isolation verhindert und die aktive Teilhabe am Gemeinschaftsleben fördert.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung möge beschließen:

1. Das Dezernat III wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit relevanten Fachstellen und unter Einbeziehung der Bürger:innen, insbesondere der Senior:innen, eine detaillierte Bestandsaufnahme der aktuellen Wohnsituation in unseren Stadtteilen vorzunehmen. Dabei sollen folgende Schwerpunkte berücksichtigt werden:
 - a. Erfassung und Bewertung der Barrierefreiheit von Wohngebäuden und öffentlichen Einrichtungen in den Stadtteilen.
 - b. Erhebung der Bedarfe und Wünsche der Senior:innen bezüglich barrierefreier Wohnungen und Wohnumgebungen.

- c. Identifizierung von möglichen Barrieren, die Senior:innen daran hindern könnten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.
 - d. Untersuchung von Best Practices und erfolgreichen Modellen für barrierefreies Wohnen in anderen Städten und Regionen.
2. Zusätzlich wird das Dezernat V beauftragt, die vorhandenen Landes- und Bundesprogramme zur Förderung von barrierefreiem Wohnraum zu prüfen und zu evaluieren, wie diese in unsere städtischen Maßnahmen integriert werden können, um die angestrebten Ziele effizienter zu erreichen.

Die Ergebnisse dieser Erhebung und Programmprüfung sollen als fundierte Grundlage für die Entwicklung von gezielten Maßnahmen und politischen Entscheidungen dienen. Ziel ist es, unsere Stadtteile besser auf die spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen von Senior:innen auszurichten und ihnen ein lebenswertes Umfeld zu bieten.

Sönke Allers
Tabea Batz
SPD-Fraktion

Thorsten Raschen
Fatih Önal
CDU-Fraktion

Prof. Dr. Hauke Hilz
Bernd Freeman
FDP-Fraktion